Freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 5/7 Juli 1957

Der Freiheitsbund als demokratischer Schutzbund

Von Karl J. Germer

Als sich frühere Reichsbannerkameraden nach der Berliner Blockade entschlossen, eine dem „Reichsbanner" der Weimarer Republik entsprechende politische Schutzorganisation aufzubauen, gingen sie von der Überlegung aus, daß bei der Schaffung der neuen Organisation die Erfahrungen, die man mit dem „Reichsbanner" in der Weimarer Zeit gewonnen hatte, genutzt werden müßten. Man wollte darum von vornherein all die Momente ausschließen, die sich nach Auffassung dieser Kameraden innerhalb des „Reichsbanners" so sehr negativ ausgewirkt hatten.

Das große Ärgernis in der Weimarer Zeit ergab sich aus der personenmäßigen Zusammensetzung der Reichsbannerkameradschaft. Die Sozialdemokraten stellten fast das gesamte Fußvolk, d. h. die Sozialdemokraten übernahmen das persönliche Risiko des aktiven Einsatzes – die anderen demokratischen Parteien dagegen stellten nur einen, allerdings wesentlichen, Anteil in der Führerschaft. Wie gering damals in den demokratischen Kreisen das politische Fingerspitzengefühl für die jeweils gegebene Situation war, beweist sich daran, daß man in den damaligen Wahlkämpfen, die selten in demokratischer Fairness geführt wurden, dem (sozialdemokratischen) Fußvolk zumutete, Versammlungen zu schützen, die gegen die Sozialdemokratie gerichtet waren. So konnte 1949 die Auffassung entstehen, daß der Freiheitsbund sinnvoll nur aus den Reihen der Mitglieder der SPD aufgebaut werden könne.

Nicht nur die organisatorische und politische Bilanz, die wir heute ziehen können, beweist, daß d i e s e aus den Erfahrungen der Weimarer Republik gezogene Konsequenz falsch war. Die Einsatzbereitschaft der sozialdemokratischen Genossen war auch im Freiheitsbund immer gegeben. Der politische Erfolg steht aber in keinem Verhältnis zu der bewiesenen Opferbereitschaft. Der Grund für diesen Mißerfolg liegt nicht bei dem einzelnen Kameraden, auch nicht bei der Gesamtheit der Kameraden, sondern ergibt sich daraus, daß man aus der politischen Erfahrung der Zeit vor 1933 nicht die r i c h t i g e n Konsequenzen gezogen hat.

Der Freiheitsbund will und kann weder eine politische Partei, noch irgendeine Art von Gewerkschaft sein. Der Freiheitsbund kann nur eine einzige, die allerdings wichtigste Aufgabe haben: den Schutz der Demokratie und die Pflege des demokratischen Geistes innerhalb unseres Staates. Das bedeutet, daß der Freiheitsbund eine Arbeit leistet, **deren Erfolg immer allen demokratischen Parteien und Organisationen zugute kommt.**

Aus dieser Überlegung ergibt sich zwangsläufig, daß ihm zur Leistung dieser großen Aufgabe alle Kräfte, d. h. alle

personellen, materiellen und finanziellen Reserven erschlossen werden müssen, die, wie wir wissen, bis heute nicht aktiviert sind.

Die Schaffung eines voll einsatzfähigen Schutzbundes ist nicht nur eine Frage der Organisation, sondern auch eine der Finanzierung. Aber finanzielle Zuwendungen, die von einem Staat für seine eigene Schutzorganisation berechtigt gefordert werden, können selbstverständlich niemals einer einseitig parteipolitisch abgestempelten Organisation zugesprochen werden.

Die heute gegebene Situation beweist, daß man die falschen Konsequenzen aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit gezogen hat. Falsch waren sie darum, weil man glaubte, die Schwierigkeiten, die damals bestanden und die natürlicherweise auch heute bestehen, dadurch ausräumen zu können, daß man die politisch gestellten Fragen einer Zusammenarbeit einfach gar nicht beachtete.

Das Problem, das es auch heute zu meistern gilt, heißt: Kann man die politische Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit, wie sie z. B. bei der „Jungen Union" effektiv gegeben ist, so auswerten, daß auch aus den übrigen demokratischen — und nicht nur aus den sozialdemokratischen Kreisen angemessene Mannschaftsteile gestellt werden?

Einige erste Überlegungen können zeigen, wie der hierfür erforderliche Anreiz geschaffen werden könnte:

Der Freiheitsbund würde einen Versammlungsschutz nur bei überparteilichen und nationalen Kundgebungen übernehmen.

Für Versammlungen, die von einer einzelnen Partei veranstaltet werden (in der Mehrzahl wird es sich dabei um Wahlversammlungen handeln), sollte der Bund den Kameraden, die dieser Partei angehören oder mit ihr sympathisieren, freistellen, als FB-Männer den demokratischen Charakter dieser Versammlung zu betonen.

Vor allem aber müßte der Gedanke entwickelt werden, daß ein demokratischer Schutzbund neben dem materiellen Einsatz gerade in unserer neuen deutschen Demokratie eine allumfassende zivile Aufgabe besitzt. Aus dieser zivilen Aufgabe ergibt sich nämlich, daß der demokratische Schutzbund praktisch keine passiven Mitglieder kennen kann, weil seine Mitglieder zu jeder Zeit und in jeder Position im zivilen Einsatz, der Sicherung und Pflege der demokratischen Grundprinzipien, stehen.

Jedes Mitglied und vielleicht insbesondere das zivile Mitglied verpflichtet sich dem Bunde aus der Überzeugung, daß vor allen parteipolitischen Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten das gemeinsame Interesse aller, die Sicherung der Grundlagen unserer demokratisch-parlamentarischen Ordnung, stehen muß. **Der Mehrparteienstaat, die Partnerschaft der demokratischen Parteien, ist für uns die Grundlage des politischen Lebens.** Darum ist für jedes Mitglied des Bundes niemals zuerst der Gedanke maßgebend, ob ein demokratischer Gegner im parteipolitischen Wettbewerb besiegt werden kann, sondern ob die geübte Methode oder das angewandte Mittel dem **Ansehen der Demokratie** und seiner Repräsentanten schadet oder nicht. Das Mitglied des Schutzbundes hat mit der ganzen ihm zur Verfügung stehenden Kraft darauf zu achten, daß der selbstverständliche Kampf der demokratischen Parteien um die Wählerstimmen niemals Ansatzpunkte dafür schafft, daß die Gegner der Demokratie das Ansehen unseres Staates untergraben können.

Eine entscheidende Konsequenz aus der Aufgabenstellung des zwischenparteilich organisierten Schutzbundes muß sein, daß seine Träger sich der **Monopolstellung ihres Bundes** bewußt sind und keine Schutzorganisation anderer Prägung (z. B. „Stahlhelm") neben sich dulden. Die Demokratie als politische Lebensgrundlage hat universalen Charakter und kann darum nur zentral in ihrem ideologischen und materiellen Bestand gesichert werden.

Außerordentliche Jahreshauptversammlung des Freiheitsbundes am 26. Mai 1957

Am 26. Mai 1957 fanden sich die Delegierten aus den Bezirken Berlins zu einer außerordentlichen Jahreshauptversammlung zusammen.

Von den 109 Delegierten waren 92 anwesend. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte:

1. a) Wahl der Wahlkommission und
   b) der Versammlungsleitung
2. Berichte der Landesleitung
3. Aussprache
4. a) Bericht der Revisoren
   b) Entlastung der Landesleitung
5. Anträge auf Satzungsänderungen
6. Wahlen; 7. Anträge; 8. Schlußworte.

Die Wahlkommission bestand aus den Kameraden: Paul König, Arthur Brei und Berthold Mothus.

In die Versammlungsleitung wurden gewählt die Kameraden Ernst Freise, Walter Borchert und Rudolf Michael.

Nachdem die Wahlhandlungen zu Punkt 1 abgeschlossen waren, erstatteten die einzelnen Mitglieder der Landesleitung ausführlich Bericht.

Der stellvertretende Landesvorsitzende, Kamerad Grodka, sprach über die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Er stellte besonders die Erfolge heraus, wies aber auch auf die Schwächen hin, die sich gezeigt haben.

Kamerad Wienig berichtete über die Tätigkeit der Technischen Führung und gab die Statistik über die Teilnehmerzahlen bei den verschiedenen Lehrgängen und Veranstaltungen bekannt.

Aus dem Bericht des Kassierers, Kamerad Köppen, war zu entnehmen, daß sich die finanziellen Verhältnisse gefestigt haben.

Als Jugendleiter schilderte Kamerad Feldmann an Hand des Terminkalenders die erfreulich vielseitige Arbeit der Jugendgruppen, die nunmehr auf breiterer Basis im Kommen ist. In Zukunft wird diesen Gruppen noch mehr Beachtung geschenkt werden müssen, da die Jugend sich bereit gezeigt hat, aktiv an den Bestrebungen des Freiheitsbundes mitzuwirken.

In der Aussprache wurden die aufgezeigten Probleme in sachlicher Form und eingehend diskutiert.

Nach den Berichten der Revisoren wurde auf Antrag des Kameraden Freise der Landesleitung einstimmig Entlastung erteilt.

Vor der Neuwahl der Landesleitung wurde eine Satzungsänderung beschlossen, nach der nunmehr nur diejenigen Kameraden in den Landesvorstand des Freiheitsbundes gewählt werden können, die eine dreijährige Mitgliedschaft — davon ein Jahr als Funktionär in der Bezirksorganisation — nachweisen. Von dieser Bestimmung bleiben jedoch der Jugendleiter und sein Stellvertreter ausgenommen.

Aus den Neuwahlen gingen dann die nachstehend benannten Kameraden hervor:

1. Vorsitzender: Kam. Karl J. Germer,
2. Vorsitzender: Kam. Richard Beck,
Kassierer: Kam. Ewald Köppen,
Schriftführer: Kam. Rudi Brückner,
Jugendleiter: Kam. Bernh. Feldmann,
stellvertretender Jugendleiter:
Kam. Heinz Bartelt,
Beisitzer: Kam. Werner Schencke,
Kam. Friedrich Buchow,
Kam. Günther Grodka,
Revisoren: Kam. Karl Fischer,
Kam. Ernst August Freise,
Kam. Paul Barschewski.

Da die Zeit durch die Aussprache bereits sehr weit vorgeschritten war, wurde beschlossen, daß die vorliegenden Anträge wegen ihrer teilweise weittragenden Bedeutung für die künftige organisatorische Entwicklung des Freiheitsbundes an einem noch durchzuführenden Delegiertentag behandelt werden sollen.

Kamerad Germer ergriff dann das Schlußwort, dankte für die von den Delegierten und dem bisherigen Landesvorstand geleistete Tätigkeit und versprach, daß der neu gewählte Funktionärkörper sich für die hohen Ziele des Freiheitsbundes einsetzen wird. K. N.

„Aktuelle Probleme in der Berliner Innenpolitik"

Von Senator Joachim Lipschitz

Am 2. Juni 1957 referierte der Senator für Inneres, Kamerad Joachim Lipschitz, im Rahmen der staatsbürgerlichen Unterrichtung unserer Kameraden über das Thema:

„Aktuelle Probleme in der Berliner Innenpolitik"

Kamerad Lipschitz gab eine instruktive Schilderung der politischen Situation, wie sie **außerhalb der demokratischen** Parteien und Organisationen gegeben ist. Durch den Bericht wurde uns bewiesen, daß die zuständigen Berliner Behörden einen genauen Überblick über die rechts- und linksradikalen Tendenzen in unserer Stadt und über ihr Echo in der Bevölkerung haben. Kamerad Lipschitz ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß sich die heutige, relativ günstige Situation an dem Tage ändern kann, da die Voraussetzungen für die jetzt ausgeübte Kontrolle unter bestimmten neuen politischen Verhältnissen — zumindest zeitweise — nicht gegeben sein könnten.

Unsere Abhängigkeit von internationalen Vereinbarungen (wie wir sie ja z. B. für die deutsche Wiedervereinigung erstreben müssen) könnte ein Vakuum für die demokratische Exekutivgewalt entstehen lassen, das die politischen Extremisten mit jedem Mittel versuchen werden zu nutzen. In diesem schicksalhaftesten Zeitpunkt unserer eigenen Nachkriegsgeschichte wird sich herausstellen, wie weit der deutsche Staatsbürger über alle parteipolitischen Gegensätze hinweg begriffen hat, daß die **gemeinsame demokratische Basis** die unabdingbare Voraussetzung für unser politisches Leben ist.

Theorie und Praxis der Demokratie

Grundfragen der Demokratie

Noch im Jahre 1957 wird das Abgeordnetenhaus von Berlin ein Wahlgesetz für die Legislaturperiode 1958/62 verabschieden. Am 15. September 1957 fällt die Entscheidung über die Zusammensetzung des neuen Bundestages. Vom Inhalt des neuen Berliner Wahlgesetzes und vom Ergebnis der Bundestagswahlen hängt es weitgehend ab, ob eine sich über ein Jahrzehnt hinziehende Diskussion über die Bedeutung der Wahlgesetzgebung für die demokratische Entwicklung zum Abschluß gebracht worden ist oder ob auf einer anderen Ebene und mit einem anderen Grundtenor die Auseinandersetzungen über das, was der Demokratie frommt, fortgesetzt werden.

Nach der Entscheidung des Landesausschusses der SPD und der politischen Gremien der CDU ist auch hier in Berlin mit der Annahme eines Mischwahlverfahrens zu rechnen. Sowohl das Bundeswahlgesetz als auch das neue Berliner Wahlgesetz (in Vorbereitung) gewähren den Parteien und dem Staatsbürger volle politische Entscheidungsfreiheit (hinsichtlich der Begründung von Parteien bzw. hinsichtlich der Entscheidung für Parteien) zwingen ihn aber andererseits, sich auf wenige Parteien zu konzentrieren.

Wie immer auch die politische Entscheidung im Bundesgebiet am 15. September 1957 ausfallen mag, mit Sicherheit kann heute schon ausgesagt werden, daß 75 bis 85 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung sich für die SPD und CDU/CSU entscheiden werden. Damit wäre vom Wähler her der Weg zum Zwei-Parteien-System freigemacht. Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß mit dieser politischen Blockbildung — hie SPD, hie CDU — alle innerpolitischen Schwierigkeiten hinsichtlich der Regie-

rungsbildung und der Verantwortung ausgeräumt sein werden. Mit einiger Sicherheit kann angenommen werden, daß wir durch eine Periode der harten Auseinandersetzungen zwischen CDU und SPD hindurch müssen, um zu ähnlichen politischen Verhältnissen zu kommen, wie sie sich in England und Amerika seit langem durchgesetzt haben. Die Aufreißung der Wähler in zwei große Blöcke ist nicht das Ergebnis der Erfahrungen mit der Weimarer Zeit, sondern eine mehr zwangsläufige Auswirkung des Grundgesetzes und der dynamischen Kräfte, die von dem Bundeswahlgesetz (Mischwahlverfahren) ausgehen.

Bei der Schaffung des Grundgesetzes waren sich die Parteien darin einig, daß die Wiederkehr der unglückseligen Parteienverhältnisse von vor 1933 vermieden werden müßten, sie waren sich aber nicht darin einig, mit welchen Mitteln eine Neuordnung der Parteienverhältnisse durchzusetzen wäre. Beschlossen wurde ein Kompromiß auf der Grundlage eines Mischwahlverfahrens und mit der Entscheidung im Artikel 67, daß der Bundeskanzler nur durch die Neuwahl eines Kanzlers vom Bundestag abberufen werden kann. Dieses konstruktive Mißtrauensvotum hat hinsichtlich der Einwirkung auf die Parteienverhältnisse etwa die gleiche Bedeutung wie ein Wahlgesetz überhaupt. Dem bisher angewandten Mischwahlverfahren, dem konstruktiven Mißtrauensvotum und den Sperrklauseln (5 Prozent für Berlin, 10 Prozent für Bayern) verdanken wir die Tatsache, daß gegenwärtig auf der politischen Bühne in der Bundesrepublik nur wenige Parteien handlungsfähig sind.

Dem Wahlproblem ist lange Jahre hindurch in der sozialdemokratischen Partei nur eine nebengeordnete Bedeutung beigemessen worden. In ihren entscheidenden Gremien war die SPD der Meinung, daß die Frage des Verhaltens des Wählers eine Frage der staatsbürgerlichen Erziehung sei. Nach 1918 ist in der Mehrzahl der europäischen Länder die absolute Mehrheitswahl beseitigt worden; übernommen wurde die Verhältniswahl, für die sich die SPD im Erfurter Parteiprogramm 1892 unmißverständlich ausgesprochen hat. In allen Ländern, die die Verhältniswahl übernommen haben, haben sich die Parteienverhältnisse sprunghaft verändert. Holland brachte es auf 56 Parteien, Deutschland auf etwa 55 Parteien, Estland auf 81 und Polen auf über 181 Parteien. Bis zum Jahre 1914 waren die Regierungen in der Mehrzahl der europäischen Länder in der Regel vier Jahre im Amt, nach der Einführung der Verhältniswahl sind im europäischen Raum die Regierungen nur etwa 6 Monate im Amt gewesen. Die Weimarer Republik verbrauchte bis zum 30. Januar 1933 zwanzig parlamentarische Regierungen, die französische Republik für den gleichen Zeitraum 22 Regierungen.

Mit diesen Hinweisen soll der Leser darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Wahlgesetzgebung für das Zusammenleben der Völker von übergeordneter Bedeutung ist; daß mit der Entscheidung für oder gegen ein Wahlverfahren gleichzeitig die Entscheidung für ein Zwei- oder Drei-Parteien-System bzw. für ein Vielparteien-System gefällt wird. Sowohl die Bundesrepublik als auch das Land Berlin gehen einen Mittelweg. Der Bund durch sein Mischwahlverfahren und Berlin bisher durch die 5prozentige Sperrklausel für Splitterparteien und künftig auch mit einem Mischwahlverfahren.

Über die Bedeutung der Wahlverfahren, über ihre Anwendung und darüber, worin sie sich unterscheiden, soll im nächsten Beitrag der Leser unterrichtet werden. Wir fühlen uns dazu verpflichtet, weil die Wahlgesetzgebung zusammen mit der Verfassung die Grundlage des Staates abgibt.

Fritz Piefke

Abschied von Louise Schroeder

Die Mutter Berlins, unsere Louise Schroeder, hat für immer die Augen geschlossen. In schwerer Zeit, während der Blockade des freien Berlins durch die Sowjetmacht, hat diese schwache Frau als Berlins Oberbürgermeisterin Übermenschliches geleistet und ihre Gesundheit dem Wohle der Stadt geopfert. Einem Herzleiden als Folge der ungeheuren Anstrengungen fiel sie nun nach langem Krankenlager zum Opfer.

Louise Schroeder wird uns unvergeßlich bleiben, weil sie gezeigt hat, daß Menschlichkeit und Recht sich gegen Gewalt und Terror durchsetzen.

In feierlichem Trauerzuge wurde die sterbliche Hülle am 6. Juni durch die Straßen Berlins, die von Tausenden ergriffener Menschen gesäumt waren, zum Rathaus Schöneberg übergeführt und der Obhut des Senats übergeben. Dem Sarg, der von einer Ehrenwache des Freiheitsbundes eskortiert wurde, folgten Freunde und nächste Angehörige, zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und unzählige Berliner.

In einem feierlichen Staatsakt nahmen dann am 7. Juni die Berliner von ihrer Ehrenbürgerin Abschied. Nach bewegenden Worten des Gedenkens, die der Regierende Bürgermeister Otto Suhr, der Amtierende Präsident des Abgeordnetenhauses Müllerburg, der Amtierende Präsident des Bundestages Carlo Schmid und der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer sprachen, setzte sich der Trauerzug unter den Klängen der Freiheitsglocke in Bewegung. Wieder folgten dem Sarg die nächsten Freunde, zahlreiche Vertreter der Bundesregierung, des Senats und die Stadtkommandanten.

Die Freitreppe und der Vorhof des Krematoriums Wilmersdorf waren von Fahnenträgern und Fackelträgern des Freiheitsbundes sowie der „Falken", der Evangelischen Jugend und anderer Jugendorganisationen flankiert. In bewegten Worten nahm Franz Neumann von der großen Toten Abschied.

Nach dem Lieblingslied der Toten „Im schönsten Wiesengrunde" wurde der Sarg unter dem Trommelwirbel des Musikkorps der Schutzpolizei in das Krematorium getragen. W. E.

Tag der deutschen Einheit

Am 17. Juni gedachte das deutsche Volk der Toten des Freiheitskampfes aus dem Jahre 1953 und der zahlreichen Männer und Frauen, die noch in sowjetischen Kerkern schmachten.

In Berlin versammelten sich auf dem Rudolph-Wilde-Platz Tausende Berliner aus allen Teilen der Stadt. Nachdem die Egmont-Ouvertüre verklungen war, traten vor das Rathaus ehemalige Häftlinge sowjetzonaler Zuchthäuser und forderten auf Spruchbändern die Freigabe der politischen Gefangenen.

Der Amtierende Präsident des Deutschen Bundestages Carlo Schmid mahnte in seiner Ansprache uns alle, die im freien Teil unseres Landes leben, jene nicht zu vergessen, die „brüderlicher an uns gehandelt haben, als wir vielleicht an ihnen". Nach dem Geläut der Freiheitsglocke setzte sich ein kilometerlanger Zug — an der Spitze Carlo Schmid und Franz Neumann, dann die Männer des Freiheitsbundes mit ihren Fahnen, die „Falken" und die Mitglieder der SPD — zum Mahnmal für die Gefallenen des ungarischen Freiheitskampfes auf dem Kreuzberg in Bewegung. Zahlreiche Berliner schlossen sich dem Zuge an, der nach Anzünden der Fackeln einen überwältigenden Anblick bot. Am Mahnmal gedachte Berlins Innensenator Joachim Lipschitz in zu Herzen gehenden Worten noch einmal der Opfer der sowjetzonalen Gewaltherrschaft. W. E.

Aus den Bezirken

Die Mitglieder des Redaktionsausschusses, die Kameraden Arthur Brei und Werner Ernst, weisen darauf hin, daß in Zukunft unter dieser Rubrik für die Bezirke die Möglichkeit besteht, Bekanntmachungen über abgelaufene oder geplante bezirkliche Veranstaltungen zu veröffentlichen, soweit sie von allgemeinem Interesse sind. Diese Mitteilungen sollen vor allem der gegenseitigen Anregung dienen.

Kamerad Brei nimmt das Material aus den Bezirken Reinickendorf, Wedding, Neukölln, Tiergarten, Kreuzberg und Tempelhof,

Kamerad Ernst aus den Bezirken Spandau, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Steglitz und Zehlendorf entgegen.

Referentenvermittlung:

An dieser Stelle werden laufend die Kameraden und Freunde des „Freiheitsbundes" aufgeführt sein, die sich als Referenten für die Behandlung der uns interessierenden Themen zur Verfügung stellen. Die Landesleitung wird bemüht sein, nur Referenten zu empfehlen, bei denen sie überzeugt sein kann, daß sie als Experten des behandelten Themas angesehen werden können, damit eine fruchtbare Diskussion unter den Kameraden gewährleistet ist.

Die Bezirke, aber auch der einzelne Kamerad, werden aufgefordert, Vorschläge über Themen und Referenten zu machen. Kamerad Dr. Otto Wenzel hat die Vermittlung der Referenten übernommen.

Für folgende Themen haben sich bereits Referenten zur Verfügung gestellt:

Grundzüge der sowjetischen Außenpolitik
(Heinz Wendlandt)
Fragen der staatsbürgerlichen Erziehung
(Johannes Aust)
Probleme des gemeinsamen europäischen Marktes
(Otto Wenzel)
Hintergründe der „Auflösung" der Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion
(Heinrich Twyrdy)
10 Jahre Politik der SED
(Hanns-Peter Herz)

PRESSESPIEGEL

Blätter für junge Politik
(Organ der Jungen Union, Berlin),
Nr. 64, Juli 1957:

Zuschriften

Liebe Blätterredaktion!

Ihre Fairness geht mir langsam zu weit. Was Sie ab und zu bieten, ist schon nicht mehr fair, sondern pflaumenweich zu nennen. Ich denke z. B. an das Porträt in Ihrer Juni-Ausgabe. Dort wird Edith Krappe, Geschäftsführerin der Berliner SPD-Fraktion, derartig gelobt und gepriesen, daß ich erst glaubte, aus Versehen eine SPD-Zeitung erwischt zu haben. Man sollte meinen, die Blätter für Junge Politik trieben Wahlpropaganda für die SPD.

Das ist zuviel des Guten. Unsere politischen Gegner gehen ja auch nicht schonend mit uns um. Darum wünsche ich mir von Ihnen mehr Kampfgeist, mehr Angriffslust. Wenn schon Frau Krappe solch ein ideales Wesen ist, dann schreiben Sie lieber nicht über sie, sondern über irgendeinen anderen politischen Gegner, der angegriffen werden kann. Es gibt deren genug.

Ihr Ferdinand Meyer

Antwort der Redaktion:

Es war nicht das erste Mal, daß in den Blättern für Junge Politik eine namhafte Persönlichkeit der SPD portraitiert wurde; und es wird sicher auch nicht das letzte Mal gewesen sein. Besser als Angriffe um jeden Preis scheint uns eine offene Auseinandersetzung zu sein. Solche Auseinandersetzungen aber können nur dann zu einem für die Gesamtheit sinnvollen Ergebnis führen, wenn der Gegner eine Persönlichkeit, nicht aber ein Parteifanatiker ist. Wir wünschten uns viel mehr solche Gegner in der SPD wie Frau Krappe. Deren Gesinnung und Leistung werden wir immer anerkennen.

Wahl-Gesetz

Was man jetzt hört, aus voller Lunge,
ist das, was „Wahl" im Deutschen heißt.
Das ist die Zeit, in der die Zunge
oft mehr zu tun hat als der Geist.
So mancher zaubert im Zylinder
zur Zeit aus Nichts ein Schloß im Mond.
Man dringt in uns, so wie in Kinder,
sehr zärtlich und sehr stimm-betont.
Doch sollt die Zukunft Ihr nicht
messen,
nach dem, was man uns jetzt
verspricht,
denn ein Programm ist schnell
vergessen
und meist schon stumpf, wenn es
besticht.

Baladin

Am Sonnabend, dem 17., und Sonntag, dem 18. August 1957, findet in unserem Zeltlager in Spandau-Hakenfelde ein

Großes Sommer- und Sportfest

statt. Das geplante Programm sieht wie folgt aus:

Sonnabend, dem 17. August 1957

Eintreffen und Empfang der Gäste im Lager

20.00 Uhr Großfilmveranstaltung unter freiem Himmel

22.00 Uhr „Tanz unter Lampions"
Für Gäste, welche im Lager nächtigen wollen, stehen Großzelte und Decken zur Verfügung.

Sonntag, dem 18. August 1957

7.00 Uhr Wecken (im Lager)

8.30 Uhr Abmarsch der Zeltler zum Platzkonzert

9.00–10.00 Uhr Platzkonzert eines großen Blasorchesters vor dem Schützenhaus Spandau-Hakenfelde (Endstation Straßenbahn 75)

10.00 Uhr Abmarsch (mit Musik) zum Zeltlager

11.00 Uhr **Sportfest** mit Unterstützung zweier, uns befreundeter Sportvereine
Vorführung von Basket-, Hand-, Faust- und Federball — Musikalische Umrahmung durch das Blasorchester

13.00 Uhr Essenausgabe (Eintopf, Teller 0,50 DM)

14.00 Uhr Kinderfest mit „Onkel Pelle" und vielen Süßigkeiten

16.00 Uhr **„Großer Bunter Nachmittag"**
mit namhaften Künstlern von Film und Bühne — Kabarett — Musik — Überraschungen aller Art — Mandolinenorchester „Napoli"
anschließend

„Tanz im Freien"
Es spielt dazu eine gute Tanzkapelle, daneben bieten wir eine Riesentombola und einen Schießstand, eine Ausstellung unserer Werbegruppe, den Verkauf von Getränken zu billigsten Preisen, eine gute Tanzfläche und Bestuhlung in ausreichender Zahl.

Um die Unkosten decken zu können, werden wir einen Unkostenbeitrag von 0,50 DM erheben.

In der Hoffnung, daß Ihr Euch für diese beiden Tage nichts anderes vornehmt und unsere Gäste seid, werden wir uns alle Mühe geben, dieses Fest zu einem vollen Erfolg werden zu lassen.

Ihr sorgt für rege Beteiligung,
wir für ein gutes Programm,
und das gute Wetter **haben wir bestimmt!**

B. F.

Herausgeber: Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Karl J. Germer, Berlin-Steglitz, Opitzstraße 3, Telefon 72 55 61. **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Telefon 24 26 83 und 24 77 01.

Hier spricht die FB-Jugend

Wenn unsere „Freiheitsfackel" heute zum ersten Male in neuem Gewande, unter neuer Regie und in neuem Format erscheint, so knüpfen sich daran viele bisher unerfüllte Wünsche unserer Jungkameraden, daß

1. Umfang und Auflage schnell wachsen mögen,
2. die neue „Freiheitsfackel" helfen möge, den Freiheitsbund zu dem zu machen, was wir von ihm in Zukunft erwarten,
3. sie neben ihren anderen Aufgaben auch ein Sprachrohr der Jugend und ein Mittler zwischen Jugend, Erfahrung und Wissen sei.

Auf der anderen Seite verspricht ihr die Jugend, an ihrer Ausgestaltung und Formung mitzuarbeiten und ihre Verbreitung in Kreise zu übernehmen, welche wir in Zukunft als unsere Mitstreiter sehen wollen.

Darum neue „Freiheitsfackel"
viel Glück auf den Weg!

B. F.

Filmvorführer-Lehrgänge

Die ersten sechs Jungkameraden haben einen Filmvorführer-Lehrgang mit Erfolg absolviert und sind nun im Besitz der Lizenz. Somit können wir unsere Ausbildungs- und Werbearbeit ausbauen. Der zweite Lehrgang ist in Vorbereitung.

*

Jungkameraden, die bereit sind, an der Ausgestaltung unseres Sommer-Sportfestes mitzuarbeiten, wenden sich an den Jugendleiter.

*

Für unsere Werbegruppe suchen wir noch Foto- und Andenkenmaterial. Vermittlung erfolgt über die Redaktion.

Jungkameraden!

Sorgt dafür, daß Eure Bezirksleiter schnellstens Eure Wünsche in puncto Bekleidung an die Landesleitung weiterleiten.